

Agenda 2030

Grundgesetz der Nachhaltigkeit



Nachhaltige Entwicklung – Was ist das eigentlich?

Nur was nachhaltig ist, ist heute gut. Der Begriff der Nachhaltigkeit wird mittlerweile nahezu überall als Qualitätsmerkmal verwendet: nachhaltiger Tourismus, nachhaltige Landwirtschaft, nachhaltige Entwicklung. Aber was ist das denn eigentlich: Nachhaltigkeit?

Global gesehen umschreibt der Begriff Nachhaltigkeit den Weg, unsere Erde im Gleichgewicht zu halten: einerseits bezogen auf unsere Kinder, Enkelkinder und nachfolgende Generationen, denn sie haben das gleiche Recht auf eine lebenswerte Welt wie wir. Und andererseits bezogen auf die Menschen, die heute die Erde bevölkern. Eigentlich hat niemand das Recht, auf Kosten anderer zu leben. Doch leider geschieht genau das: Der Preis für den Wohlstand und die hohe Lebensqualität der Menschen in einigen Regionen dieser Welt wird in anderen Regionen in Form von Unterentwicklung, Armut und sogar Hunger bezahlt. Nachhaltigkeit ist anders!

Deshalb reden wir heute von nachhaltiger Entwicklung, wenn wir von der bestmöglichen Gestaltung der Zukunft unseres Planeten sprechen. Um dies zu erreichen, sind wir alle gefordert. Ob Staat oder Stadt, Gesellschaft oder Familie, Unternehmen oder Vereine: Nur wenn wir uns alle engagieren, werden wir unseren Planeten auch für kommende Generationen als lebenswerte Heimat erhalten können. Dies wird von den 17 Nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) aufgegriffen, indem die notwendigen Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung konkretisiert werden. Mit den drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung – Umwelt, Wirtschaft und Soziales – sowie der notwendigen guten Regierungsführung liegt den SDGs ein ganzheitlicher und globaler Ansatz zugrunde.

Übrigens: Erstmals wurde der Begriff Nachhaltigkeit schon vor über 300 Jahren von dem deutschen Hans Carl von Carlowitz verwendet, der sich mit der Bewirtschaftung von Wald beschäftigte. „Schlage nur so viel Holz, wie der Wald verkraften kann. So viel Holz, wie nachwachsen kann“ – das war seine Devise. Deutschland ist heute nicht nur eine der führenden Nationen weltweit, wenn es um Nachhaltigkeit geht. In Deutschland wurde die Nachhaltigkeit als Handlungsanleitung sogar erfunden!

Konzeption und Umsetzung

Christian Bilfinger
Jasper Eitze
Martina Kaiser
Sabine Lenz
Christian E. Rieck
Winfried Weck

Herausgeberin

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin 2018

Design und Layout

yellow too Pasiak Horntrich GbR

Abbildungen

Fotos: © Brendan McDermid, Reuters /
© Andrew Biraj, Reuters / © Paulo Whitaker, Reuters
Infografik: yellow too Pasiak Horntrich GbR

Herstellung

Infoflip is a registered trademark. This Infoflip is
Made in Germany by Infoflip Medien GmbH.
IF.G.09.01110.B.01

Lizenz

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>). Ausgenommen ist urheberrechtliches geschütztes und entsprechend gekennzeichnetes Bildmaterial.



Abgebildete Marken sind eingetragene Warenzeichen Dritter. Diese stehen beispielhaft für Projekte, Körperschaften oder Unternehmen, die ein Erreichen der erläuterten Ziele unterstützen oder Plattformen dafür bereitstellen. Eine Kennzeichnung bestimmter Eigenschaften dieser Publikation ist nicht beabsichtigt.



Nachhaltigkeitswende

Die 17 Nachhaltigkeitsziele sind das Kernstück der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Diese „Global Goals“ umfassen fast die gesamte Palette an wichtigen Entwicklungsthemen: vom Zugang zu Bildung, sauberem Wasser und erneuerbarer Energie über Infrastruktur, Industrie und Landwirtschaft bis hin zum Schutz der Biodiversität und der Bekämpfung des Klimawandels. Insgesamt 169 Unterziele sind den 17 Nachhaltigkeitszielen zugeordnet, die zum Teil sehr detailliert Auskunft darüber geben, was sich hinter den allgemein formulierten Zielen genau verbirgt.

Die Ziele gelten für jeden Unterzeichnerstaat, ohne Berücksichtigung seines Entwicklungsstandes. In diesem Sinne ist auch Deutschland nun ein „Entwicklungsland“, das bei der Zielerreichung von anderen Staaten lernen kann und soll. Dieses neue Verständnis soll der Überwindung alter Denkmuster dienen, nach denen die Welt in „Industriestaaten“ und „Entwicklungsländer“ eingeteilt wurde, in eine Hierarchie der „Geber-“ und der „Nehmerländer“. Durch die gemeinsame Anstrengung zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele wird eine Partnerschaft auf Augenhöhe zwischen dem „globalen Norden“ und dem „globalen Süden“ möglich.

Weil menschliche Entwicklung alle Prozesse auf der Erde beeinflusst, muss der Mensch in seiner Biosphäre verortet und das gesamte Ökosystem in den Blick genommen werden. Entsprechend stellen die Nachhaltigkeitsziele den Menschen in den Mittelpunkt, betrachten ihn aber nicht isoliert von seiner Umwelt. Das meint der Begriff des „Anthropozän“, in dem wir heute leben.

Die 17 Ziele zeigen, wie tiefgreifend der Umbau unserer Gesellschaften sein muss, um zu einer echten Nachhaltigkeit zu finden. Wegen der vielen Querverbindungen zwischen den Zielen sind sie nur im Paket erreichbar. Die Nachhaltigkeitsziele umreißen also ein anspruchsvolles und integriertes Entwicklungsprojekt. Es gilt nicht nur für die Einzelstaaten, sondern für die ganze Welt. Es geht also um nicht weniger als eine „globale Nachhaltigkeitswende“.



Armut in jeder Form und überall beenden

Die Bekämpfung der Armut stand schon im Zentrum der Millenniums-Entwicklungsziele. Wesentliche Fortschritte wurden hier in den letzten 25 Jahren, vor allem aber seit dem Jahr 2000 erzielt. So konnte die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut leben, zwischen 1990 und 2015 von 1,9 Milliarden auf etwa 850 Millionen, also um über eine Milliarde reduziert werden, und das bei einer rasant steigenden Weltbevölkerung. Absolute Armut nimmt dem Menschen seine Lebenschancen, seine Hoffnungen, seine Würde.

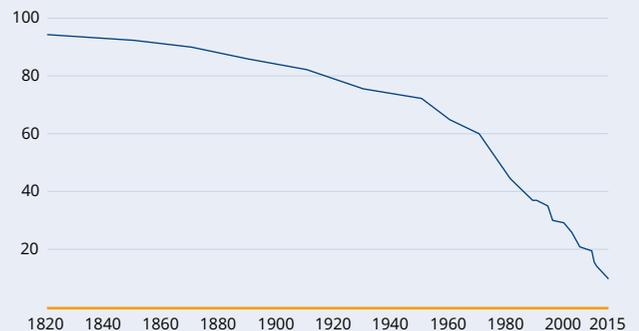
Die Rückbesinnung auf eine verstärkte Armutsbekämpfung ist daher nicht nur ein übergeordnetes Ziel der internationalen Zusammenarbeit. Sie ist seit 2013 auch wieder zu einem zentralen Pfeiler des deutschen Entwicklungsengagements in den ärmsten Ländern der Welt geworden.

Mithilfe solider Strategien, eines festen politischen Willens und einer ausreichenden Finanzausstattung lassen sich auch in den ärmsten Ländern große Entwicklungserfolge erzielen. Deshalb müssen die Länder selbst umfassende individuelle Strategien zur Armutsreduzierung entwerfen und eigenverantwortlich die Stufen für die

Entwicklung ihres Sozialsystems und ihrer Wirtschaftsordnung festlegen und umsetzen. Diese Strategien müssen in partizipativen

Prozessen, also im Zusammenwirken von Regierung und allen Bereichen einer engagierten Bürgergesellschaft, entstehen. Denn Armut kann nicht allein von außen reduziert werden; nachhaltige Armutsbekämpfung kann nur von innen heraus funktionieren.

Anteil der Weltbevölkerung, die in extremer Armut lebt 1820–2015, in %



Quelle: Our World In Data

1960 lag der Anteil der Weltbevölkerung, die in extremer Armut lebte, noch bei über 60 %, heute liegt dieser Anteil bei unter 10 %.



Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Hunger geht immer mit Armut einher. Deshalb ist die Bereitstellung einer sicheren Ernährungsgrundlage der erste Schritt, um absolute Armut zu überwinden. Durch große Anstrengungen konnte die Zahl der unterernährten Menschen weltweit seit 1990 um mehr als die Hälfte reduziert werden. Doch noch immer hungern 850 Millionen Menschen weltweit, noch immer sind 160 Millionen Kinder unter 5 Jahren zu klein für ihr Alter, weil sie zu wenig zu essen haben, und tagtäglich sterben 16.000 von ihnen, meistens an vermeidbaren Ursachen. Das ist wohl der größte Skandal der Menschheitsgeschichte.

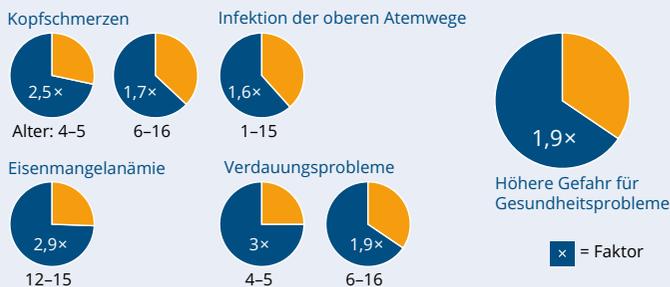
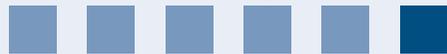
Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat daher die Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ ins Leben gerufen und so die Beseitigung von Hunger und Mangelernährung zu einem Kernanliegen gemacht. Dabei liegt die Hauptursache von Hunger und Mangelernährung weniger in der mangelnden Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, sondern vielmehr in der Armut an sich – im Fehlen von Geld, um Nahrungsmittel überhaupt kaufen zu können.

Häufig verschlechtert sich in vielen Regionen die ohnehin labile Ernährungsversorgung bei Naturkatastrophen, Epidemien sowie bei politischen Krisen und Konflikten. Mehr als 40 Staaten weltweit gelten als fragil, mehr als die Hälfte davon befindet sich in Afrika. Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung gilt es daher umso mehr, die Fähigkeit der Menschen zu stärken, Krisen schadlos zu überstehen. Dies kann in erster Linie durch die Modernisierung und Professionalisierung der Landwirtschaft erreicht werden.

Ernährungsunsicherheit bei Kindern

Gesundheitsprobleme, die durch Ernährungsunsicherheit verstärkt auftreten

1 von 6 Kindern leidet an Nahrungsmittelunsicherheit = 23,3 %



Kinder, die unter Ernährungsunsicherheit leiden, haben ein sehr viel höheres Risiko zu erkranken. Vier- bis fünfjährige Kinder leiden zum Beispiel dreimal so oft an Infektionen der oberen Atemwege wie Kinder, die nicht von Ernährungsunsicherheit betroffen sind.



Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

Nachhaltige Entwicklung hat ein gutes und gesundes Leben für alle zum Ziel, während umgekehrt ohne eine gute Gesundheitsversorgung eine nachhaltige Entwicklung zum Wohle aller nicht möglich ist. Gesundheit ist nicht einfach die Abwesenheit von Krankheit, sie ist auch keine ökonomische oder sicherheitspolitische Größe, sie erlaubt vielmehr ein selbstbestimmtes Leben und ist so verstanden wichtiger Ausdruck der Menschenwürde. Dabei muss berücksichtigt werden, dass verschiedene Altersgruppen, soziale Klassen und Geschlechter unterschiedliche Bedürfnisse an die Gesundheitsversorgung haben, die selbst wiederum immer komplexer und teurer wird.

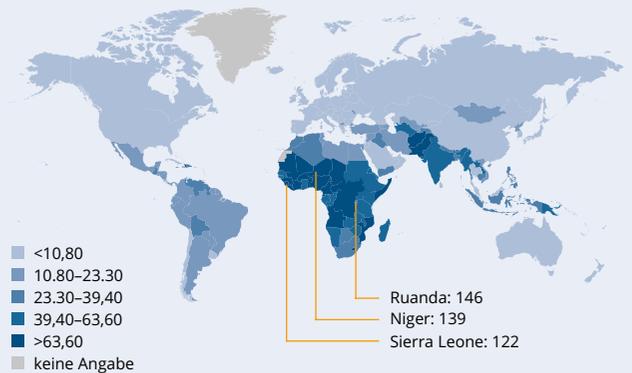
Natürlich haben alle etwas von einer besseren Gesundheitsversorgung. Die Lebenserwartung von Männern und Frauen steigt. Die Sterberaten durch Masern, Malaria, Tuberkulose oder HIV sind im globalen Maßstab seit Jahren rückläufig. Das sind nicht zuletzt konkrete Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit. Sie zeigen auch, was möglich ist, wenn Staaten, internationale Organisationen und die Industrie zusammenarbeiten. So ist auch die Kindersterblichkeit stark zurückgegangen. Doch noch immer sterben jährlich sechs Millionen Kinder vor ihrem fünften Lebensjahr – zu viele davon an

vermeidbaren Krankheiten, etwa weil sie keinen Zugang zu Impfstoffen oder Medikamenten haben oder weil die ärztliche Versorgung

unzureichend ist. Determiniert werden die Ansteckungs- und Sterberaten noch immer durch den Wohlstand einer Gesellschaft, jedoch auch durch die Armut der Betroffenen selbst. Aber: Gesundheit geht uns alle an.

Abnahme der Kindersterblichkeit

bei Kindern unter fünf Jahren pro 1.000 Lebendgeburten seit 2000 (Stand 2017)



Quelle: Weltbank

In Ruanda sterben heute im Vergleich zum Jahr 2000 pro 1.000 Lebendgeburten 146 Kinder weniger vor dem fünften Lebensjahr. Im Jahr 2000 lag die Kindersterblichkeit noch bei 184/1.000 Lebendgeburten, die Kindersterblichkeit konnte in diesem Fall also in 17 Jahren von 18,4 % auf 3,8 % gesenkt werden.



Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern

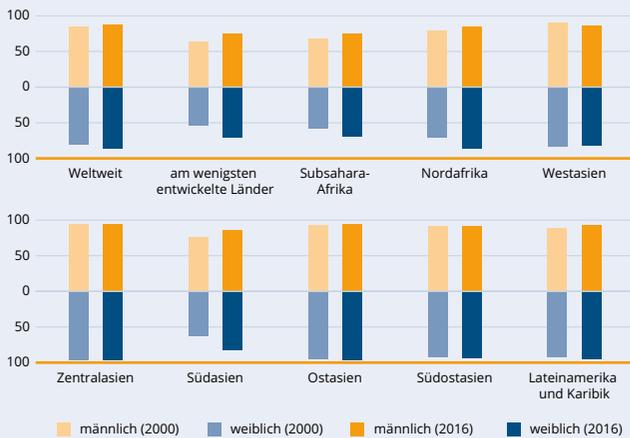
Bildung ist der Schlüssel zur Entwicklung eines Landes. Sie soll Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich und ihre Talente zu entwickeln und so ihren Platz in den Gesellschaften zu finden, in denen sie leben und für deren Fortkommen sie sich einbringen wollen. Das funktioniert dann am besten, wenn das Bildungssystem unterschiedslos allen offensteht – ohne Berücksichtigung von Geschlecht, Ethnie, sozialer Klasse, Behinderung und religiöser oder sexueller Orientierung.

Doch auch Erwachsene müssen sich ein Leben lang weiterbilden können. Denn Wissen ist bei rasantem technologischem Fortschritt und sich schnell entwickelnden Gesellschaften nicht statisch. Es muss vielmehr immer wieder aktualisiert, also neu gelernt werden. Nicht nur in den alternden Gesellschaften des Westens kommt der Erwachsenenbildung daher eine besondere Bedeutung zu, sondern gerade auch in den jungen Gesellschaften des globalen Südens. Hier ist die sogenannte Bildungsrendite besonders hoch. Nachhaltigkeit erfordert Orientierungswissen und technische Qualifikationen ebenso wie der Arbeitsmarkt.

Deshalb ist es wichtig, dass zumindest der Grund- und Sekundar-schulbereich kostenlos ist, einen Unterricht von hoher Qualität bietet, relevantes Wissen vermittelt und auch echte Lernerfolge liefert. Dann werden Menschen dazu befähigt, ihr Leben selbstbestimmt in die Hand zu nehmen. Kurz gesagt: Bildung soll Lebenschancen eröffnen, Potenziale nutzen und Teilhabe ermöglichen. Daher ist Bildung „von der Wiege bis zur Bahre“ auch ein Menschenrecht.

Alphabetisierungsrate junger Menschen

Frauen und Männer zwischen 15 und 24 Jahren, in %



Quelle: UNESCO Institute for Statistics

In Südasien und Subsahara-Afrika konnte besonders bei weiblichen jungen Menschen in den letzten 16 Jahren die Alphabetisierungsrate signifikant gesteigert werden.



Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen

Auch wir sind von einer vollständigen Gleichbehandlung von Männern und Frauen noch ein ganzes Stück entfernt – man denke nur an den Frauenanteil in Führungspositionen und die in einigen Sektoren immer noch existierenden Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern bei gleicher Arbeit. Allerdings ist die weit fortgeschrittene Entwicklung hin zur Geschlechtergerechtigkeit bei uns nicht mit den Realitäten in vielen anderen Weltregionen vergleichbar, wo Frauen und Mädchen noch teilweise in kompletter Abhängigkeit von ihren Männern und Vätern leben.

Trotz einiger positiver Entwicklungen, die in den letzten 15 Jahren insbesondere in der Grundschulbildung erzielt werden konnten, muss die Bilanz gezogen werden, dass weltweit die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern fortbesteht: je höher die schulische Bildungsstufe, desto geringer der Anteil von Mädchen, je höher die berufliche Position, desto geringer der Anteil von Frauen, die diese Positionen besetzen (übrigens auch bei uns!). Weltweit verdienen Frauen 24 Prozent weniger als Männer. Nur die Hälfte aller Frauen weltweit ist in irgendeiner Form erwerbstätig, im Gegensatz zu drei Vierteln aller Männer. Öffentliche wie private Entscheidungsprozesse werden weltweit noch immer von Männern dominiert.

Deshalb wird zur Erfüllung der detaillierten Zielsetzungen im SDG 5 eine ganzheitliche, weltweite Strategie notwendig sein. Nur so können jahrhundertlang praktizierte Diskriminierungen von Frauen und Mädchen langfristig überwunden werden.

Anteil der von Frauen gehaltenen nationalen Parlamentssitze

■ Zuwachs seit 2000: 15 % und mehr



Quelle: Weltbank

Es fällt auf, dass gerade im südlichen Afrika und in Mittelamerika seit 2000 ein großer Zuwachs an von Frauen gehaltenen nationalen Parlamentssitzen festgestellt werden kann. Asien und Nordamerika stagnieren hingegen auf niedrigem bis mittlerem Niveau.



Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

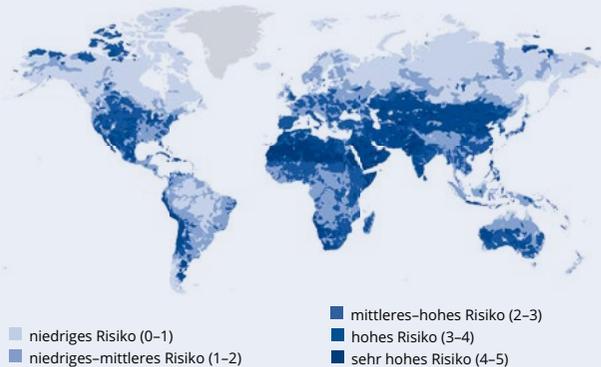
Rund zehn Prozent der Weltbevölkerung leben ohne sauberes Trinkwasser. Für ein Drittel aller Menschen fehlt ein grundlegendes Abwassersystem. Die gesundheitlichen Konsequenzen und die Auswirkungen auf die Grundwasserqualität sind gravierend. Zudem sehen sich viele der Betroffenen gezwungen, ihre Notdurft öffentlich zu verrichten. Vom „stillen Örtchen“ kann keine Rede sein, was vor allem für Frauen und Mädchen problematisch ist. Der Mangel an sauberem Wasser beeinträchtigt natürlich auch die Landwirtschaft und damit die Nahrungsmittelversorgung.

Das Problem ist nicht nur technischer Natur, sondern auch kulturbedingt. Das Thema Sanitärversorgung ist in weiten Teilen der Welt noch tabuisiert. Die Aufklärung über Hygienemaßnahmen ist daher eines der wichtigsten Mittel, um Krankheiten zu vermeiden.

Auch die Wirtschaft kann einiges für sauberes Wasser tun. Durch ein gutes Wassermanagement im Produktionsprozess kann viel wertvolles Wasser gespart werden, und Filter sowie Aufbereitungsanlagen sorgen dafür, dass das Wasser sauber bleibt. Insgesamt ist der Schutz von Gewässern und den dazugehörigen Ökosystemen wie Gebirgen oder Wäldern essenziell für die Qualität und Verfügbarkeit von sauberem Wasser.

Dieses Ziel steht in engem Zusammenhang mit anderen Zielen wie dem Klimaschutz, dem Ausbau von Infrastruktur und der Bekämpfung der Armut. Nur in Abstimmung miteinander können diese Ziele angegangen und erreicht werden.

Wasserrisiko



Quelle: World Resources Institute

Das Wasserrisiko identifiziert Gebiete, die wasserbezogenen Risiken ausgesetzt sind. Innerhalb von Regionen kann das Wasserrisiko stark variieren. Während beispielsweise Südchile ein besonders niedriges Wasserrisiko aufweist, ist der Norden Chiles von sehr hohem Wasserrisiko betroffen.



Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern

Für unseren Alltag selbstverständlich: Strom aus der Steckdose für Kühlschrank, Herd, Waschmaschine, Computer etc., beleuchtete Gebäude und Straßen, ein beheiztes Zuhause, Bahn-, Bus-, Auto- oder auch E-Bike-Fahren. Fast alles, was wir nutzen und kaufen, erfordert Energie. Unser Wohlstand ist von einer modernen, verlässlichen und bezahlbaren Energieversorgung abhängig.

20 Prozent der Weltbevölkerung müssen hingegen ohne Strom auskommen. 40 Prozent der Weltbevölkerung kochen und heizen mit Holz, Holzkohle und Pflanzenresten. Das ist extrem ineffizient und der Rauch schadet auch in hohem Maße deren Gesundheit. Um allen Menschen ein würdevolleres Leben zu ermöglichen, sollen sie bis zum Jahr 2030 Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher und moderner Energieversorgung erhalten.

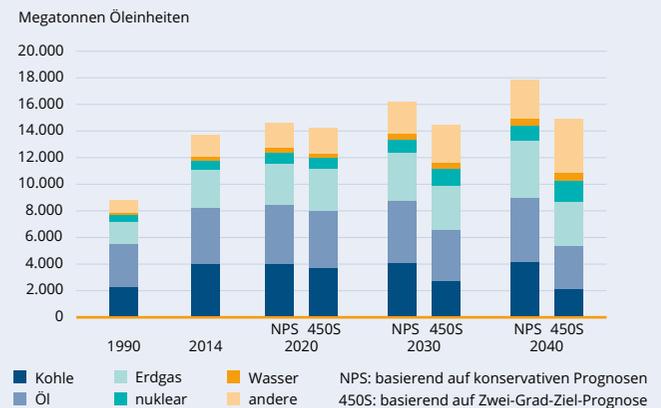
Um Gesundheit und Klima zu schützen, brauchen wir sauberere Energie. Der Anteil erneuerbarer Energien am globalen Energieverbrauch liegt heute bei etwa 13 Prozent und wurde seit 1990 praktisch nicht gesteigert. Ebenso wollen wir bis zum Jahr 2030 die Energieeffizienz im Vergleich zu heute verdoppeln. Das gilt für alle

Länder weltweit. Auch in Deutschland und Europa müssen wir noch sehr viel für eine nachhaltige Energieversorgung tun. Dazu brauchen

wir deutlich mehr Investitionen, vor allem auch in Forschung und Entwicklung. Durch die Kooperation mit anderen Ländern wollen wir dazu beitragen, dass eine saubere und effiziente Energieversorgung überall in der Welt möglich wird.

Primärenergieversorgung

Prognosen zu den Anteilen verschiedener Energieträger unter zurzeit geplanten Reformen (konservativ) und den für das Zwei-Grad-Ziel notwendigen Reformen



Quelle: International Energy Agency

Das Zwei-Grad-Ziel beschreibt das Ziel der internationalen Klimapolitik, die globale Erwärmung auf weniger als zwei Grad Celsius gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind jedoch sehr große politische Reformanstrengungen notwendig.



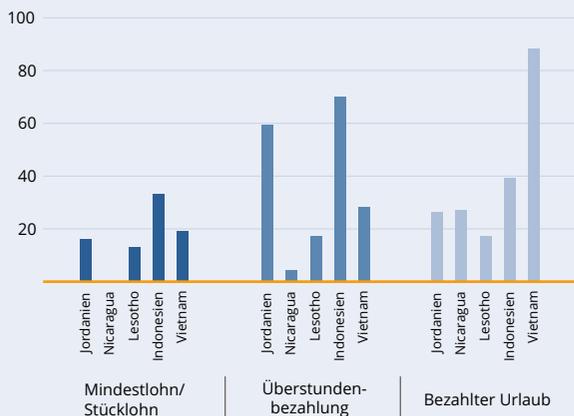
Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Wirtschaftswachstum bleibt der wichtigste Motor von Entwicklung. Damit aber möglichst viele davon profitieren, ist Vollbeschäftigung anzustreben. So können alle Mitglieder einer Gesellschaft zum Wohlstand ihres Landes beitragen, ohne dass größere Bevölkerungsgruppen in der unproduktiven Sozialhilfe verharren. Denn Arbeit ist nicht nur ein Broterwerb, sondern auch eine Quelle persönlicher Wertschätzung.

Die Chancen des technologischen Fortschritts sollen natürlich weiterhin genutzt werden, z. B. für Innovationen in der Automatisierung, der Digitalisierung und der *smart industry*. Doch dieser Fortschritt ist sozialverträglich zu gestalten: Denn Arbeit muss menschenwürdig bleiben, damit sie sinnstiftend sein kann. Sozialstandards spielen dabei eine besondere Rolle. So wird die Wirtschaftsordnung inklusiv.

Produktive Vollbeschäftigung lässt sich leichter erreichen, wenn die Volkswirtschaft diversifiziert, kreativ und innovativ ist sowie über Sektoren mit hoher Wertschöpfung und hoher Arbeitsintensität verfügt: Es müssen also ressourceneffiziente und umweltschonende Produktionsprozesse geschaffen werden, die einerseits möglichst viele Arbeitsplätze hervorbringen (z. B. in Landwirtschaft oder im Tourismus) und die andererseits für möglichst viele dieser Arbeitsplätze eine hohe Qualifizierung erfordern (z. B. Hochtechnologie). Am Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen wie Frauen, Jugendliche und Migranten müssen besonders gefördert werden. Eine wichtige Rolle nehmen bei alledem die kleinen und mittleren Unternehmen ein. Denn sie sind das Rückgrat ihrer Volkswirtschaften – und Zukunftsträger erster Güte.

Verstöße gegen nationale Gesetze zu Lohn, Überstundenbezahlung und bezahltem Urlaub



Quelle: International Labour Organization, Better Work

In Vietnam werden in knapp 88 % der Fälle die nationalen Gesetze zum bezahlten Urlaub nicht eingehalten, während dies in Nicaragua nur in knapp 27 % der Fälle geschieht.



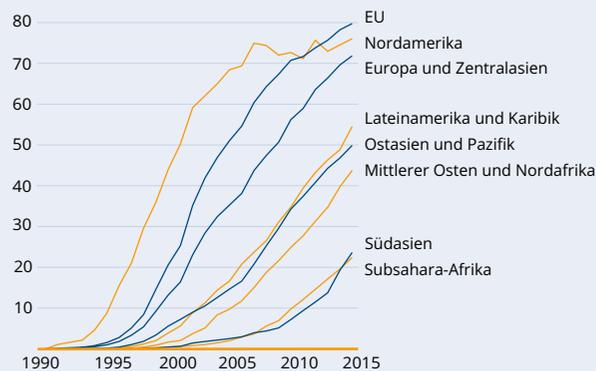
Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Wirtschaftliche Entwicklung ist nicht möglich ohne funktionierende und widerstandsfähige Infrastrukturen für Energie, Transport, Wasser, Finanzen und Kommunikation. Sie erlauben es, menschenwürdig zu leben und zu arbeiten, Güter zu produzieren und diese dann zu den Absatzmärkten zu bringen. Daher ist es wichtig, möglichst jedem zu bezahlbaren Konditionen dazu Zugang zu gewähren. Staat und Markt haben hier bei der Bereitstellung des notwendigen Kapitals eine Rolle zu spielen.

Besonders ländliche Räume leiden oft unter Infrastrukturdefiziten und bleiben deshalb hinter ihren wirtschaftlichen Potenzialen zurück. Sie können jedoch vom technologischen Fortschritt profitieren: Er erlaubt es abgelegenen Regionen, teure Infrastrukturetappen zu überspringen und so ohne Umwege über zentral generierte fossile Energie direkt zu einer dezentralen Versorgung mit erneuerbaren Energien zu kommen. Kleinunternehmer können zudem über mobile Technologien unbürokratisch Zugang zu Finanzdienstleistungen erhalten.

Infrastrukturen sind die Voraussetzung für eine Integration in nationale und internationale Wertschöpfungsketten, also für den Anschluss an die Globalisierung. Um Volkswirtschaften weniger verwundbar zu machen, können Staaten darüber hinaus eine Diversifizierung ihrer industriellen Basis anstreben. Nachhaltigkeit wird erreicht, indem die Produktionsprozesse ressourceneffizienter und umweltschonender werden. Für all dies sind die Förderung von Kreativität in der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie nachhaltige Produktionsprozesse notwendig.

Internetnutzer weltweit nach Regionen, in % der Gesamtbevölkerung



Quelle: International Labour Organization, Better Work

In der EU gibt es heute mit 80 % der Gesamtbevölkerung die meisten Internetnutzer, in Subsahara-Afrika sind es nur 22 % der Gesamtbevölkerung.



Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern

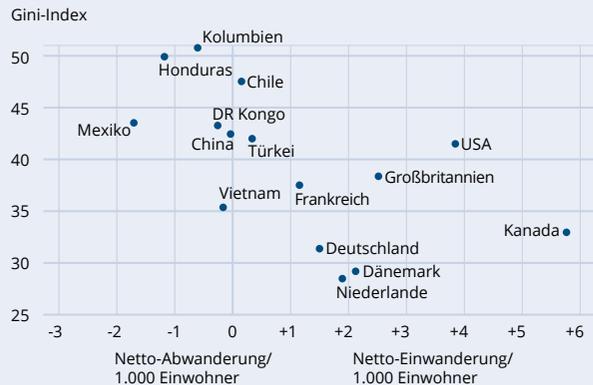
Eine Gesellschaft ganz ohne Ungleichheiten kann es nicht geben. Werden die sozialen Ungleichheiten jedoch zu groß – etwa weil für die unteren Einkommensschichten eine effektive Teilhabe am sozialen, politischen und kulturellen Leben nicht mehr möglich ist –, geraten sie zum Problem für die ganze Gesellschaft: Werden die Zukunftschancen für schwache und verwundbare Gruppen zu stark eingeschränkt, leidet nicht nur der soziale Zusammenhalt, sondern auch die Integrations- und Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft. Denn soziale Mobilität ist eine der wichtigsten Triebkräfte für den Wohlstand unserer Gesellschaften.

Auch zwischen den Staaten hat starke Ungleichheit negative Konsequenzen: Je mehr Staaten im internationalen Vergleich wirtschaftlich abgehängt werden, desto eher werden sich Menschen dort auf den Weg machen, um ihr Glück anderswo zu suchen. Ungleichheit zwischen Staaten ist die wohl stärkste Fluchtursache. Die am wenigsten entwickelten Staaten dieser Welt bedürfen daher besonderer Aufmerksamkeit bei der Entwicklungszusammenarbeit.

Überall auf der Welt braucht es einen aktiven Staat, der ebenso eine Arbeits- und Sozialpolitik umfasst wie einen Antidiskriminierungsauftrag und den aktiven Schutz von vulnerablen Gruppen (v. a. Arme und Kinder), die sich nicht selbst helfen können. Es geht bei der Reduzierung von Ungleichheiten nicht um Nivellierung, sondern darum, jeden nach seinen Fähigkeiten, seiner Persönlichkeit und seinen Präferenzen zu fördern. Dazu gehört auch, Entwicklungsländern in internationalen Foren mehr Mitsprache zu ermöglichen.

Freiwillige Migration und Ungleichheit

Anteil der Netto-Einwanderung bzw. -Auswanderung an der Gesamtbevölkerung und Gini-Wert



Quelle: CIA Factbook, Weltbank

Der Gini-Wert zeigt die Ungleichheit innerhalb eines Landes an: je höher der Wert, desto höher ist die Ungleichheit. Neben den USA, einer von mittlerer Ungleichheit geprägten Gesellschaft, und Kanada sind vor allem die europäischen Staaten, die eine relativ geringe Ungleichheit aufweisen, Einwanderungsländer. Ungleiche Gesellschaften sind sehr viel stärker von Auswanderung betroffen.



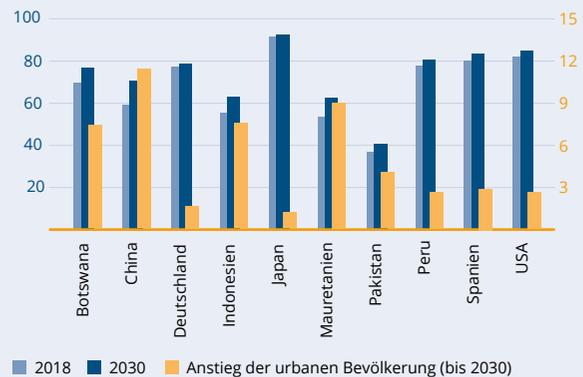
Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt heute in Städten. Die andauernde Urbanisierung des Planeten hat gute Gründe: Städte erfüllen eine Reihe von Funktionen für ihr Umland, manche bieten Entwicklungschancen für ganze Staaten. Dort ist der Zugang zu Arbeit, Gesundheit, Technologie, Bildung, Politik und Kultur oft leichter als in ländlichen Regionen. Nicht zuletzt sind Städte auch Auffangbecken für Millionen Migranten und Flüchtlinge, die sich dort eine bessere Zukunft erhoffen. Städte sind für immer mehr Menschen Sehnsuchtsorte.

Die Verstädterung schafft neue Probleme, zum Beispiel bei der Sicherheit, beim Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, im Straßenverkehr oder bei der allgemeinen Sauberkeit und Hygiene. Negative ökologische Folgen wie Umweltzerstörung, Abgasbelastung und Ackerlandverbrauch sind ebenfalls zu bedenken. Städtische Dichte bietet jedoch auch zahlreiche Möglichkeiten zur Einführung von Nachhaltigkeitstechnologien, etwa für die Überwachung von Wasserverbrauch und -qualität, Stromsparlampen bei der Straßenbeleuchtung oder auch bei der Dämmung von Wohnraum zur Reduzierung von Abwärme und CO₂-Emissionen.

Eine umsichtige Stadt- und Verkehrsplanung, der Schutz von öffentlichen Grünanlagen und die permanente Nachrüstung von Wohnquartieren können Städte lebenswerter, inklusiver und nachhaltiger machen. Der weltweite Stadtbau im Zeichen der Nachhaltigkeit ist teuer. Doch nachhaltige Städte sind eine Investition in unser aller Zukunft.

Anteil der urbanen Bevölkerung sowie dessen Steigerung in %



Quelle: UN Department of Economics and Social Affairs

Besonders in China, Indonesien aber auch in afrikanischen Staaten wie Botswana und Mauretanien wird der Anteil der urbanen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in den nächsten 15 Jahren stark zunehmen; in Europa ist die gleiche Entwicklung absehbar, wenngleich in schwächerer Form.



Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen

Schon heute hat sich in der breiten Öffentlichkeit vieler Entwicklungsregionen ein erstaunlich ausgeprägtes Umweltbewusstsein herausgebildet, was nicht zuletzt damit zusammenhängt, dass Millionen von Menschen den teils extremen Umweltbelastungen an ihren Wohnorten in unzumutbarer Weise ausgesetzt sind. Daher ist auch die Bereitschaft, auf umweltbelastende und nicht nachhaltige Konsumgewohnheiten zu verzichten, in vielen Entwicklungsregionen deutlich ausgeprägter als bei uns. So leisten wir uns immer noch eine Produktionsweise von Nahrungsmitteln, die dazu führt, dass wir allein in Deutschland pro Kopf über 135 Kilogramm Lebensmittel pro Jahr wegwerfen (und das bei 82 Millionen Menschen!). Es gibt also durchaus Bereiche, in denen wir unserer weltweiten Vorreiterrolle bei Mülltrennung und Recycling deutlich hinterherhinken.

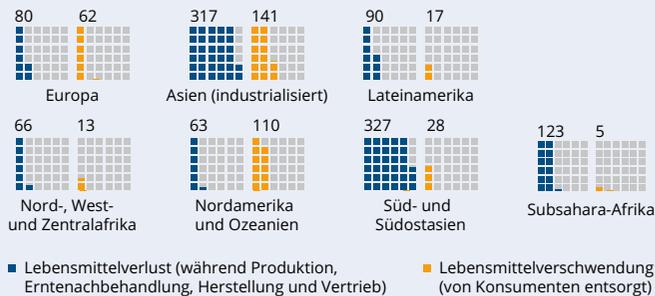
Neben den Konsumgewohnheiten müssen wir aber auch alle Produktionsverfahren im Sinne der Nachhaltigkeit umstellen. Hier setzt die Idee der nachhaltigen Produktions- und Lieferketten an! Jede Billigjeans hat den Erdball etwa fünf Mal umkreist, bis sie sich aus den billigsten Nieten, Reißverschlüssen, Stoffteilen und Näharbeiten zusammengesetzt hat und für 5,99 Euro dem Verbraucher in

Deutschland, Ghana oder Brasilien angeboten wird. Dass hierbei die Arbeiter/-innen aus aller Welt, die an der Herstellung einer solchen

Jeans beteiligt sind, höchstens Hungerlöhne, aber bestimmt keine Sozialleistungen wie Gesundheits- und Altersvorsorge erhalten, liegt auf der Hand – von der extrem negativen Umweltbilanz solcher Produktionsweisen ganz zu schweigen! Mit neuen Nachhaltigkeits-siegeln können Verbraucher künftig selbst entscheiden, ob sie Produkte oder Waren einkaufen, deren Produktions- und Lieferketten den internationalen Nachhaltigkeitsstandards entsprechen.

Lebensmittelverlust und Lebensmittelverschwendung

weltweit, in Mio. Tonnen



Quelle: UN Department of Economics and Social Affairs

In allen Weltregionen außer in Nordamerika und Ozeanien liegt der Lebensmittelverlust, also der Verlust von Lebensmitteln während Produktion, Ernte und Transport, über der Lebensmittelverschwendung durch die Konsumenten. Besonders in Afrika werden kaum Lebensmittel durch die Konsumenten weggeworfen.



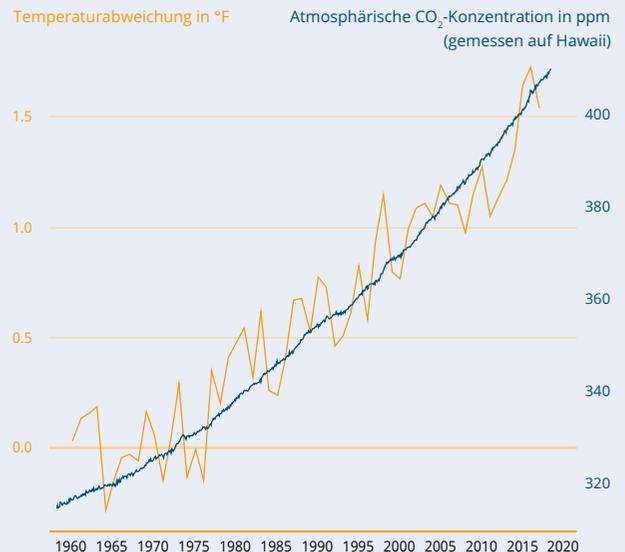
Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Mit 2015 als neuem Rekordjahr fallen die zehn wärmsten Jahre seit Beginn der regelmäßigen Wetteraufzeichnungen 1880 ins 21. Jahrhundert. Alles deutet darauf hin, dass der Klimawandel an Fahrt aufnimmt. Machen wir so weiter wie bisher, wird sich unser Planet in den kommenden Jahrzehnten so stark aufheizen, dass in vielen Regionen das Leben immer schwieriger oder gar unmöglich wird. Das betrifft dann UNS ALLE, direkt und indirekt, durch häufigere und heftigere Wetterextreme, Katastrophen, Konflikte, Krisen und Kriege – und größere Migrationsströme.

Doch so schlimm muss es nicht kommen. Wir können handeln und durch eine verantwortungsvolle Politik den Ausstoß von Treibhausgasen verringern und die Erderwärmung begrenzen. Je früher wir handeln, desto besser. Auf ein gutes Leben müssen wir deshalb nicht verzichten. Wir sichern vielmehr unseren Wohlstand und ermöglichen ihn anderen Menschen – hier und andernorts, heute und zukünftig. Das ist nachhaltig.

Komplett verhindern lässt sich der Klimawandel nicht mehr. Doch wir können Pläne und Strategien entwickeln und politisch umsetzen, um uns vor den Folgen zu schützen und größere Schäden und Opfer zu vermeiden. Und wir können andere Menschen weltweit durch Bildung, Bewusstmachung und bessere Strukturen in die Lage versetzen, Gleiches zu tun. Das kostet Geld, nützt aber letztlich uns allen – viel mehr, als nichts zu tun!

Korrelation zwischen CO₂-Konzentration und Temperaturanstieg



Quelle: USGCRP, NOAA



Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

Die Ozeane bedecken etwa 70 Prozent der Erdoberfläche und sind Lebensraum für mehrere Hunderttausend Tier- und Pflanzenarten. Für den Menschen sind sie Quelle für Nahrung und Energie. Sie produzieren 70 Prozent des Sauerstoffs der Erde und dienen als größter CO₂-Speicher. Sie sind Regenspender und durch die verschiedenen Meeresströmungen entscheidend für unser Klima. Auch sind ihre Küsten Wohn- und Erholungsgebiet für viele Menschen.

Die Nutzung der Meere durch den Menschen nimmt jedoch inzwischen besorgniserregende Züge an. Das empfindliche biologische Gleichgewicht wird gestört. Mit fatalen Folgen: Aufgrund von Überfischung ist der Fischbestand jetzt schon an vielen Stellen massiv ausgedünnt. Durch Plastiktüten und sonstigen Abfall werden die Meere verschmutzt. Der Mensch produziert zudem so viel CO₂, dass die Meere als natürliche CO₂-Speicher langsam versauern. All das bedroht viele Tier- und Pflanzenarten und nimmt uns Menschen eine wichtige Überlebensgrundlage.

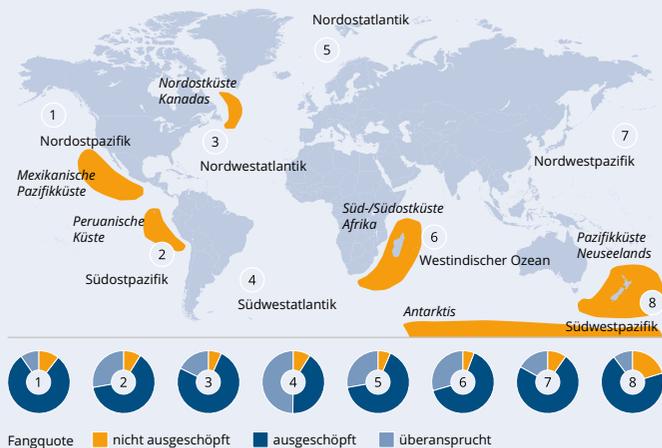
Durch den Klimawandel steigt der Meeresspiegel und bedroht Wohn- und Ackerflächen und damit das Leben von Millionen Menschen.

Der Klimawandel verändert auch die Temperatur des Meeres und damit für das Klima wichtige Meeresströmungen. Eine Häufung

extremer Wetterlagen ist die Folge. Es ist deshalb höchste Zeit, die Meere besser zu schützen, z. B. durch den Abbau von Subventionen, die Überfischung begünstigen, durch Abfallreduzierung, besser vernetzte Meeresforschung und durch den Schutz von Küstenregionen.

Weltweite Überfischung

■ „Hot Spots“ der Überfischung



Quelle: World Ocean Review, University of British Columbia

Weltweit sind die Fischvorkommen in allen Fischfanggebieten mehrheitlich ausgeschöpft oder überbeansprucht. In den hier dargestellten „Hot Spots“ der Überfischung ist die Lage besonders akut.



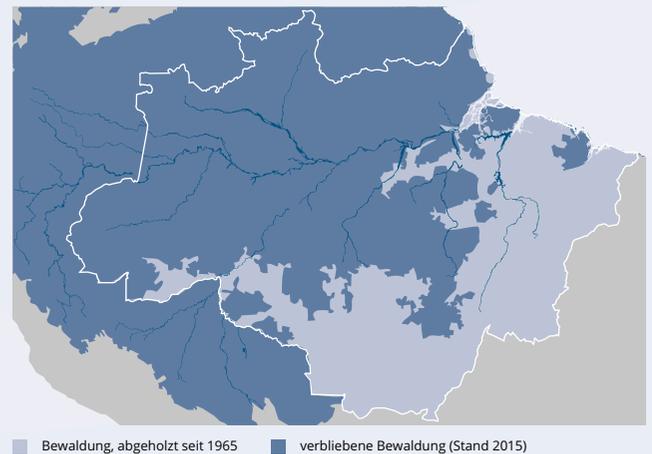
Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern

Unsere Lebensgrundlagen sind aufs engste verbunden mit dem Reichtum der Tier- und Pflanzenwelt. Zerstören wir diesen Reichtum durch kurzsichtige Eingriffe in die verschiedenen Ökosysteme, nehmen wir uns selbst die Existenzgrundlage. Die Weltbevölkerung steigt rasant. Um zukünftig alle ernähren zu können, brauchen wir ausreichend landwirtschaftliche Flächen. Die Landwirtschaft bildet in vielen Entwicklungsländern den wichtigsten wirtschaftlichen Pfeiler. Aktuell geht jedoch Agrarland durch nicht nachhaltige Bewirtschaftung weltweit verloren. Wüsten breiten sich aus, zusätzlich befördert durch den Klimawandel.

Ebenso bedeutend für unser Überleben sind die Wälder, die 30 Prozent der globalen Landmassen bedecken. Sie bilden den Lebensraum für 80 Prozent aller Pflanzen- und Tierarten, stellen wichtige Süßwasserreserven, reinigen die Luft und übernehmen durch die Aufnahme von CO₂ eine zentrale Funktion beim Kampf gegen die Erderwärmung. Den medizinischen Nutzen einer Vielzahl von Pflanzen, die in den Regenwäldern wachsen, gilt es noch zu entdecken.

Es müssen daher dringend Wege gefunden werden, um die Abholzung der Wälder zu stoppen, sie aufzuforsten und nachhaltig zu nutzen. Aber auch andere Lebensräume müssen wir schützen, um die Artenvielfalt zu erhalten: Sümpfe, Steppen und Gebirge.

Rückgang der Bewaldung in der Amazonas-Region



Quelle: Council on Foreign Relations

In den letzten 50 Jahren hat der brasilianische Amazonas rund ein Fünftel seiner Bewaldung durch Abholzung verloren.



Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern

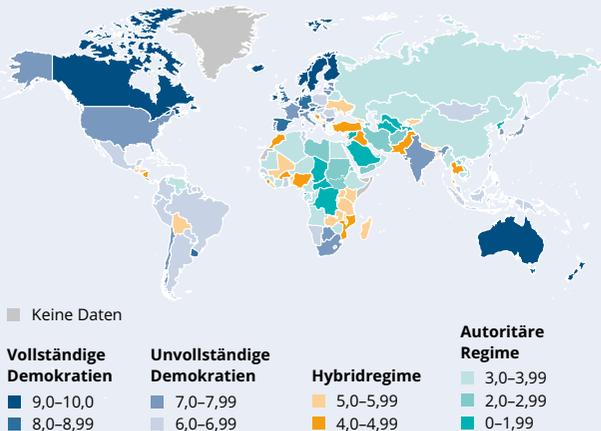
Dieses ebenfalls zum eher sperrigen Teil der Formulierungen gehörende Ziel definiert die politischen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, die nachhaltige Entwicklung überhaupt erst möglich machen. Anders ausgedrückt: Es geht um Demokratie, gute Regierungsführung und Rechtssicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger.

Es gibt viele Beispiele dafür, dass sich unter den Bedingungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stabile, friedliche und freie Gesellschaften entwickeln. Konsequente Korruptionsbekämpfung und der Kampf gegen organisierte Kriminalität spielen hier ebenso eine wichtige Rolle wie beispielsweise die Einführung gerechter nationaler und internationaler Steuersysteme. Darüber hinaus führen demokratisch regierte Staaten in der Regel keine Kriege gegeneinander, und sie sind bedeutend seltener Austragungsorte von Bürgerkriegen und internen Konflikten als autoritär geführte Staaten und Unterdrückungssysteme. Zurzeit sind aufgrund eben dieser Konflikte nach UN-Schätzungen ca. 65 Millionen Menschen auf der Flucht, entweder als Binnenflüchtlinge und -vertriebene, die vor allem in teils riesigen Flüchtlingslagern vor Ort Aufnahme gefunden haben, oder als internationale Flüchtlinge, die sich auf lange und

gefährliche Wege machen, um sich vor Willkür und Verfolgung zu schützen.

Sie alle geben Zeugnis davon, wie wichtig gerade auch unser Einsatz, unser stetes Eintreten für Demokratie, Rechtsstaat und gute Regierungsführung in aller Welt ist – übrigens eine Kernaufgabe der internationalen Arbeit von deutschen politischen Stiftungen wie der Konrad-Adenauer-Stiftung. Und hierbei geht es auch um die Vertretung deutscher Interessen.

Demokratieindex 2017



Quelle: The Economist Intelligence Unit.



Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben

Wenn wir die Zielsetzungen der Agenda 2030 erreichen wollen, wenn wir die globalen Herausforderungen irgendwie meistern wollen, dann wird das nur im Miteinander aller Akteure gelingen. Alle supranationalen Institutionen (UN, EU) ebenso wie alle Länder mit ihren Regierungen und ihren Völkern, alle staatlichen Ebenen von der nationalen über die regionale bis hin zu Stadt, Stadtteil und Dorf, die Privatwirtschaft von Kleinunternehmen bis hin zu den international agierenden Großkonzernen ebenso wie die Medien, die organisierte Zivilgesellschaft (Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Parteien), die Familie und letztendlich jede/r Einzelne von uns: Wir alle sind Teile dieser globalen Partnerschaft und müssen die in unseren Möglichkeiten und Fähigkeiten stehenden Beiträge leisten. Wie das geht, kann im Mittelteil dieses Infoflips nachgelesen werden.

Um diese globale Partnerschaft mit konkreten Inhalten zu füllen, haben die Macher der Agenda 2030 verschiedene Themenkomplexe in die Zielsetzung aufgenommen: Die wichtige Frage, wie die Maßnahmen finanziert werden sollen, damit die Ziele überhaupt erreicht werden können (z. B. über gerecht funktionierende Steuersysteme), alle Aspekte des Technologietransfers, insbesondere von sauberen Umwelt- und erneuerbaren Energietechnologien, die globale Bereitstellung von Wissen, Fachkompetenzen und Bildungsmöglichkeiten für alle, die faire und offene Ausgestaltung des internationalen Handelssystems und nicht zuletzt alle Fragen der Datenerhebung, des Monitorings und der Evaluierung des gesamten Agenda-Prozesses finden sich in den Unterzielen des SDG 17, das somit wichtige Bestandteile der Rahmensetzung der Agenda 2030 definiert.



Die Agenda 2030 als Weltzukunftsvertrag

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bildet den ehrgeizigen Entwicklungskonsens der internationalen Gemeinschaft ab. Sie wurde unter dem Dach der Vereinten Nationen in New York in einem beispiellosen partizipativen Prozess von den Regierungen und Zivilgesellschaften unter wissenschaftlicher Begleitung entwickelt. Die Agenda 2030 kann mithin als „Weltverfassung der Nachhaltigkeit“ gelten, gar als „Weltzukunftsvertrag“.

Die Agenda 2030 baut auf zahlreichen Vorarbeiten im System der Vereinten Nationen auf – insbesondere auf dem entwicklungs- und umweltpolitischen Aktionsprogramm „Agenda 21“ aus dem Jahr 1992, den beim Erdgipfel in Rio de Janeiro verabschiedeten allgemeinen Prinzipien für Entwicklung aus demselben Jahr sowie auf den acht Millenniums-Entwicklungszielen aus dem Jahr 2000, den unmittelbaren Vorläufern der Nachhaltigkeitsziele. Die Agenda 2030 verwirklicht mit der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension alle drei Bereiche der Nachhaltigkeit.

Darüber hinaus gibt sie auch Antworten auf die Frage nach dem institutionellen Management der Zielerreichung oder, anders ausgedrückt, nach der „Governance“ dieses neuen Querschnittsthemas „Nachhaltigkeit“. So wurde mit dem „High-Level Political Forum“ ein strukturiertes Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung der Zielerreichung geschaffen. Deutschland hat dort als einer der ersten Staaten überhaupt bereits vorgetragen und selbstkritisch Auskunft über die Entwicklungsdefizite im eigenen Land gegeben. Ein weiteres zentrales Element der Agenda 2030 ist die Entwicklungsfinanzierung: In Addis Abeba wurden die Mittel zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele schon vor der Verabschiedung der Agenda 2030 bereitgestellt.

Die Agenda 2030 verpflichtet die 192 Unterzeichnerstaaten zu einer umfassenden und globalen Transformation, die alle Lebensbereiche berühren muss, wenn sie erfolgreich sein will. Wir müssen an allen Zielen der Agenda gleichzeitig arbeiten. Jeder kann etwas tun. Dann kann die Nachhaltigkeitswende gelingen, die unsere Welt für alle besser macht. Nachhaltigkeit bekommt man nicht umsonst. Sie ist jedoch eine Investition in die Zukunft unseres Planeten, unserer Gesellschaften, unserer Kinder.



Durch Konsumententscheidungen selbst**Verantwortung übernehmen:**

Jeder von uns ist Konsument und kann seine Verantwortung durch Kaufentscheidungen am Markt wahrnehmen. Im Bereich der Nachhaltigkeit kann dies zum Beispiel dadurch geschehen, dass man beim Kauf darauf achtet, dass Produkte lokal erzeugt oder fair gehandelt werden. Mit aufgeklärten Kaufentscheidungen können darüber hinaus auch menschenwürdige Arbeitsbedingungen an den Produktionsstandorten oder die CO₂-Bilanz von Produktion und Transport verbessert werden. Kurzum: Der Konsument kann am Markt grundsätzlich eine Steuerungsfunktion wahrnehmen. Verbraucherbildung kann dies unterstützen. Mindestens ebenso wichtig ist jedoch, dass mehr Transparenz über die komplexen Produktionsprozesse in unserer stark globalisierten Wirtschaft herrscht. Gütesiegel wie das neue Textilsiegel der Bundesregierung sind hier sehr hilfreich und sollten von Staat und Gesellschaft daher eingefordert und kontrolliert werden.

Das Große im Kleinen finden:

Jeder von uns kann seine Verantwortung für unseren Planeten aber auch dadurch wahrnehmen, dass er seinen „kleinen Pflichten“ nachkommt. Jeder kann etwas tun. Die Möglichkeiten sind vielfältig: Alltägliche Beispiele sind Mülltrennung, Abfallvermeidung, Hausdämmung, Umstellung der Energieversorgung, gesunde Ernährung,

Bahnfahren statt Flugzeugnutzung oder Autofahrten nur, wenn sie wirklich nötig sind. So wird das abstrakte Konzept der Nachhaltig-

keit konkret erlebbar. Wir müssen nicht gänzlich auf unseren Komfort und unseren Lebensstil verzichten. Aber Nachhaltigkeit braucht einen Kulturwandel.

Nachhaltigkeit überall einfordern:

Jeder von uns kann schließlich in seinen verschiedenen Zusammenhängen Nachhaltigkeit einfordern und zu einem Umdenken beitragen. Themen wie ein fairer Konsum, der Umgang mit Leiharbeitern oder generell der Umweltschutz sind auch für unser unmittelbares Umfeld von Interesse: in Familie, Freundeskreis, Arbeit, Schule, Ehrenamt, Kirche, Sport. Politisch kann man sich natürlich auch einbringen: Wir alle können und sollten Politiker in Bund, Land und Kommune an ihre Verantwortung für den Planeten und die kommenden Generationen erinnern. Überall können wir noch etwas verbessern – auch ohne staatliche Einmischung.

**Umweltschutz beginnt im Kleinen:**

Kommunen haben oft mehr Gestaltungsspielraum, als uns bewusst ist. Dort müssen wir alle dabei helfen, das Verständnis dafür zu schaffen, dass die Nachhaltigkeitsziele nur erreicht werden können, wenn sie auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden. Denn die Kommunen stehen bei der Nachhaltigkeitswende an vorderster Front. Dieser Verantwortung muss sich die Kommunalpolitik bewusst sein. Ein guter Anfang wäre es, keine Aufweichung der Umwelt- und Sozialstandards in der Kommune zuzulassen, auch wenn andere Interessen im Einzelfall vielleicht dagegensprechen. Aufträge der öffentlichen Hand sollten stets nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit vergeben werden.

Nachhaltigkeitsbildung auch in den Kommunen:

Die Kommunen sollten Nachhaltigkeitsbildung, die komplementär zu der von Land und Bund ist, als eigene Aufgabe verstehen und vorantreiben. Kommunen können die Menschen oft unmittelbarer erreichen, als es Werbekampagnen und Informationsveranstaltungen höherer und weiter entfernter Regierungsebenen vermögen. Bestehende Kapazitäten wie Beiräte zur Nachhaltigkeit – etwa zur Agenda 21, die kommunales Handeln nachhaltiger gestalten soll – oder durch den Bund subventionierte Promotorenstellen für Nachhaltigkeit und Nachhaltigkeitsbildung sollten von den Kommunen voll ausgeschöpft werden, um die Nachhaltigkeitsziele auf die politische und die gesellschaftliche Agenda zu setzen. Aufklärung muss dorthin, wo die Leute sind: in die Kindergärten und Schulen, in die Stadtwerke und die Kommunalverwaltung.

Kommunen als Ideenlabore:

Nachhaltigkeitsinitiativen können auf kommunaler Ebene einfacher als auf höheren politischen Ebenen konzipiert und umgesetzt werden. Das liegt daran, dass die Bürger vor Ort direkt betroffen und daher leichter politisch einzubinden sind. Auch dringen die Bürger besser mit ihren eigenen Ideen durch, weil etwa die Wege zum Bürgermeister kürzer sind als zum Ministerpräsidenten. Wenn Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf Augenhöhe zusammenkommen, kann in den Kommunen gemeinsam identifiziert werden, welche Nachhaltigkeitsziele prioritär umgesetzt werden und was die einzelnen Gruppen konkret zur Umsetzung beitragen können. In Nachhaltigkeitsinitiativen, etwa bei den Verkehrskonzepten oder der Kreislaufwirtschaft, kann eine Kommune neue Ideen ausprobieren oder unbürokratisch von anderen Kommunen lernen. Die Kommunen sind unserer Lebenswirklichkeit am nächsten.

Nationale Nachhaltigkeitsstrategie fortschreiben:

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist innenpolitisch das wichtigste Strategiedokument zur Erreichung der Nachhaltigkeitswende. Sie dient dazu, das Regierungshandeln aller Bundesressorts aufeinander abzustimmen und auf das gemeinsame Ziel der Nachhaltigkeit einzuschwören. Sie ist sozusagen das „Weißbuch zur Nachhaltigkeitspolitik“. 2016/2017 wurde die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie zuletzt aktualisiert und in Einklang mit den Zielen der Agenda 2030 gebracht. Doch damit ist es nicht getan: Damit Nachhaltigkeit als Querschnittsthema in allen Politikbereichen und auf allen Regierungsebenen „nachhaltig“ verankert werden kann, muss die Strategie immer mehr Akteure auf allen Ebenen einbeziehen und entsprechend fortgeschrieben werden – sowie ihre Umsetzung kontinuierlich durch unabhängige Kontrollinstanzen überwacht werden. Sie muss wachsen und nutzen.

Interessierte und informierte Öffentlichkeit einbinden:

Nachhaltigkeit geht uns alle an. Also sollten wir auch alle an ihrer Realisierung mitarbeiten. Damit die Nachhaltigkeitswende kein Elitenprojekt wird, muss die Bürgergesellschaft hier aktiviert und eingebunden werden. Dazu gehören Nichtregierungsorganisationen ebenso wie die Kirchen und Religionsgemeinschaften, die alle wertvolle Partner bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele sein können. Da die Agenda 2030 die Privatwirtschaft ganz zentral betrifft,

gehören ihre Perspektiven ebenso gleichberechtigt auf diesen Marktplatz der Ideen. Auch die Wissenschaft hat hier durch Forschung,

Information und Beratung einen wichtigen Beitrag zu leisten. Diese Vielstimmigkeit von Informierten und Betroffenen in einer offenen Gesellschaft auf ein gemeinsames Ziel hin auszurichten – das ist die Quintessenz des sogenannten Multi-Stakeholder-Ansatzes.

Beschaffungswesen in Bund und Ländern überprüfen:

Der Staat ist einer der wichtigsten Marktakteure. Er kauft Handelsgüter und beauftragt Dienstleistungen, die er zur Erfüllung seiner vielfältigen Aufgaben braucht und aus Steuermitteln bezahlt. Aus diesem öffentlichen Charakter seiner Einnahmen und Ausgaben kann auch eine Verpflichtung abgeleitet werden, diese Mittel möglichst nachhaltig einzusetzen. Denn Nachhaltigkeit ist gemeinwohlorientiert und der Staat ein wichtiges Vorbild am Markt. Er kann nachhaltige Produkte gezielt unterstützen. Die Regeln für die staatliche Beschaffung müssen daher neben Wirtschaftlichkeit auch Nachhaltigkeit bei der Auftragsvergabe berücksichtigen.

Mehr Kohärenz im auswärtigen Handeln:

Die Nachhaltigkeitswende ist nicht nur ein Thema für die Entwicklungspolitik. Viele Themen der Agenda 2030 berühren auch klassische Felder der Außenpolitik und der Sicherheitspolitik. Das gilt zum Beispiel für die Versorgungssicherheit mit Energie, Wasser oder Lebensmitteln, die in verschiedenen Nachhaltigkeitszielen formuliert ist, oder auch für die globale Partnerschaft im Ziel 17. Daher müssen wir parallel zur stärkeren Abstimmung in der Innenpolitik auch im auswärtigen Handeln zu mehr Kohärenz finden, um möglichst wenige widersprüchliche Anreize zu setzen und so die Zielerreichung der Agenda 2030 nicht zu gefährden. Da die Agenda selbst widerstreitende Ziele enthält, ist es alles andere als einfach, eine solche Balance zu erreichen. Doch in der Außenwirtschaftsförderung oder bei den Agrarsubventionen etwa wären Anpassungen an die Erfordernisse der Agenda 2030 sinnvoll.

Sich unserer Stärken versichern:

Deutschland ist schon heute einer der wichtigsten und renommiertesten Akteure in der globalen Entwicklungspolitik. Die Bundesrepublik ist nicht nur einer der größten Geber in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und einer der wichtigsten Beitragszahler für die verschiedenen Fonds und Sonderprogramme der Vereinten Nationen. Auch in der technischen und der finanziellen Zusammenarbeit sind wir stark – also wenn es um die Umsetzung konkreter Förderprojekte in den Partnerstaaten geht. Bei der Energiewende und in der Umweltpolitik, bei der relevanten Nachhaltigkeitsforschung und in den Klimawissenschaften leistet Deutschland einen ebenso wichtigen Beitrag zur Erreichung der Agenda 2030 wie mit unserem weltweiten Einsatz für gute Regierungsführung sowie für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Durchführungsorganisationen zu Nachhaltigkeitsagenturen umbauen:

Deutschland besitzt eine ganze Reihe von staatlichen Durchführungsorganisationen, denen die konkrete Umsetzung der Entwicklungspolitik anvertraut ist. Die bekannteste ist die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die auf der ganzen Welt Beratungsprojekte durchführt, Personal im In- und Ausland ausbildet und Sachdienstleistungen in den Partnerstaaten erfüllt. Politische Stiftungen sind zwar keine staatlichen Durchführungsorganisationen, als Zuwendungsempfänger öffentlicher Mittel sind sie jedoch entwicklungspolitisch tätig, etwa wenn sie helfen, Parlamente und Parteien zu professionalisieren, oder in entwicklungsrelevanten Politikbereichen Beratung und Austausch anbieten. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wiederum ist im Ausland als Entwicklungsbank tätig. Alle diese Organisationen verstehen sich verstärkt als „Nachhaltigkeitsagenturen“, denn sie sind in den weniger entwickelten Partnerstaaten – und zudem hier in Deutschland – letztlich die Geburtshelfer der Agenda 2030. Der Umbau der Gesellschaft braucht Finanzmittel, genauso wie Expertise.

Avantgarderolle nicht aufgeben:

Deutschland sollte seine Vorbildfunktion international weiter ausbauen, damit die Agenda 2030 eine echte Chance bekommt, ihre Wirkung auch tatsächlich zu entfalten. Konkret bedeutet dies, das Kontrollgremium der Agenda 2030, das „High-Level Political Forum“, weiter intensiv zu nutzen. Hier hat Deutschland als erstes Geberland selbstkritisch über seine Nachhaltigkeitswende Bericht erstattet und zum Teil große Handlungsbedarfe identifiziert. Das hat international Eindruck gemacht. Deutsche Stärken und Schwächen sollten weiterhin sichtbar gemacht und dazu genutzt werden, andere Industriestaaten zu vergleichbaren Anstrengungen zu motivieren. Wir sollten auch aktiv Partnerschaften mit Schwellenländern wie Mexiko oder Marokko ausbauen, in denen wir voneinander lernen können.

Implementierungsoffensive für die Agenda 2030 starten:

Die Zusammenstellung und Verabschiedung der Agenda 2030 war erst der Beginn eines langen und komplexen Prozesses, an dessen Ende der nachhaltige Umbau unserer Gesellschaften stehen soll. Dafür ist es von fundamentaler Bedeutung, dass wir eine verlässliche Datenbasis haben, um Erfolge und Misserfolge auf dem Weg dorthin zu messen. Deutschland sollte eine globale Implementierungsoffensive auf den Weg bringen, um anderen dabei zu helfen, ihre jeweiligen Rahmenbedingungen zur Umsetzung der SDG besser zu bemessen. Denn nicht in allen Staaten der Erde und auch nicht

für alle Entwicklungsziele steht gutes statistisches Material zur Verfügung. Deutschland könnte so zum *Facilitator*, also zum

Umsetzungshelfer für die Agenda 2030 werden.

Nachhaltigkeit auch in anderen Foren verankern:

Um ihre volle Wirkung zu entfalten, muss die Agenda 2030 in möglichst vielen Foren der *Global Governance* handlungsleitenden Charakter entwickeln. Sonst entstehen Widersprüche und Inkohärenzen im Handeln der Mitgliedstaaten, die die Verfolgung der Nachhaltigkeitsziele beschädigen könnten. Deutschland hat in den letzten Jahren durch die Übernahme von Präsidentschaften wichtiger Foren – wie der G7 in Elmau oder der G20 in Hamburg – die Nachhaltigkeitsziele dort erfolgreich stärker verankert. Diesen Weg sollten wir mutig weitergehen und versuchen, andere Foren außerhalb der Vereinten Nationen für die Umsetzung der Agenda 2030 zu gewinnen. So könnte etwa die OECD als Inkubator für Lösungen im Nachhaltigkeitsbereich genutzt werden. Als Richtwert könnte dabei die Bereitstellung von globalen öffentlichen Gütern wie Gesundheitsvorsorge oder die Freiheit der Meere dienen, die dem „globalen Gemeinwohl“ zuträglich sind.

**Weiterhin mehr Verantwortung übernehmen:**

Verantwortung zu übernehmen heißt nicht nur, immer mehr Mittel bereitzustellen, bis wir das Ziel erreichen, die international vereinbarten 0,7 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Es geht auch um neue Ideen und ein kontinuierliches Engagement in den gesamten Vereinten Nationen – etwa in den zahlreichen Sonderorganisationen und Fonds, die für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele besonders wichtig sind. Dazu sollte auch eine verstärkte Beteiligung an UN-Blauhelmissionen gehören, um dort die Grundlagen für Entwicklung zu legen, wo sie gegenwärtig nicht existieren. Die deutsche Stimme in den Vereinten Nationen findet Gehör, sie wird aber auch gebraucht.

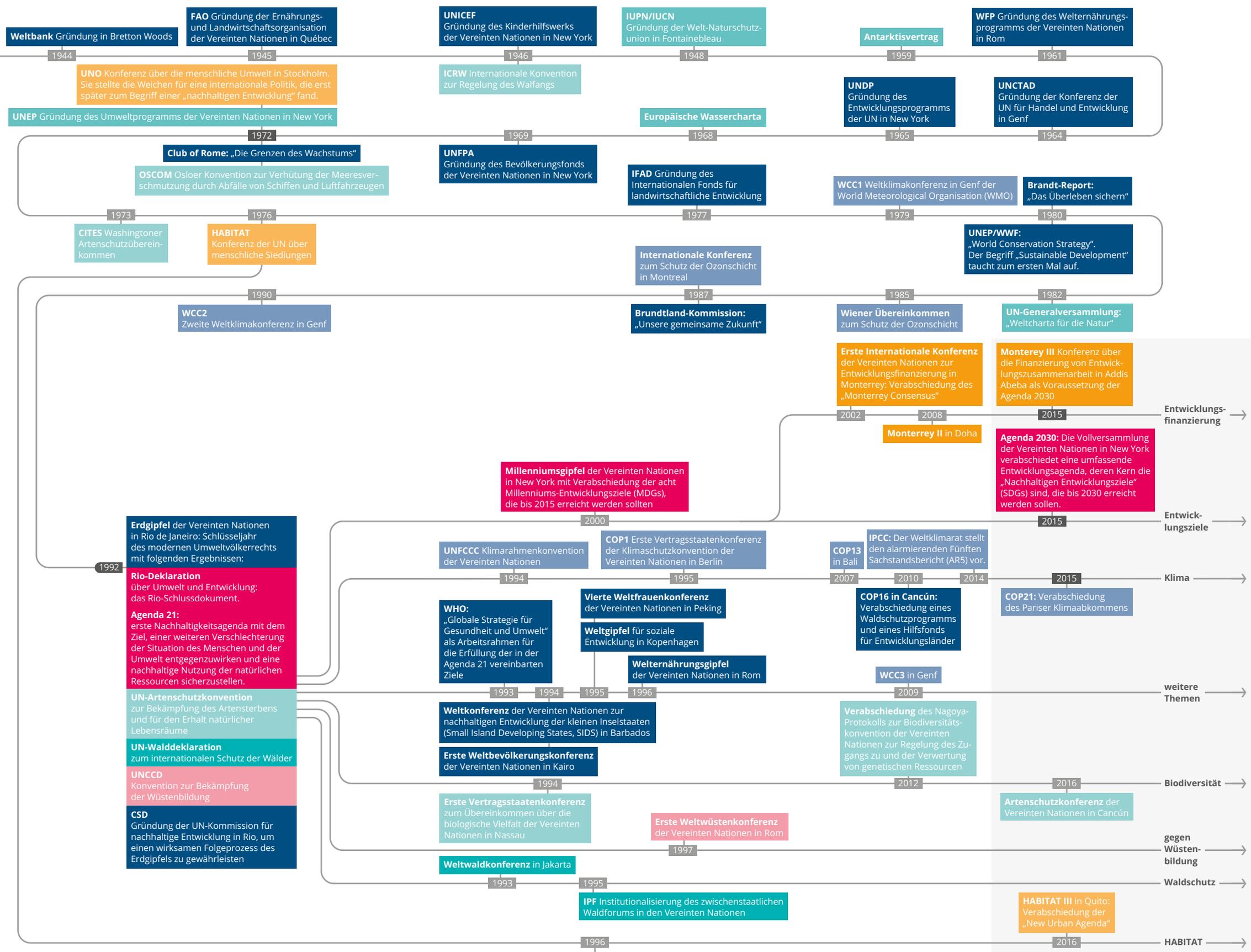
Bekennnis zum Freihandel als wichtigstem Entwicklungsmotor:

Ohne weitere Handelsliberalisierungen stehen die Chancen auf einen nachhaltigen Umbau der verschiedenen Gesellschaften auf der Welt deutlich schlechter als mit neuen Freihandelsabkommen. Ohne Wachstum stehen den Staaten nämlich weniger Eigenmittel zur Verfügung, die sie in diesen Umbau investieren können und müssen. Eine andauernde Wachstumsschwäche stärkt darüber hinaus protektionistische Tendenzen in diesen Staaten, was sich auch negativ auf die internationale Zusammenarbeit auswirkt. Wir sollten uns also in der Welthandelsorganisation ebenso wie zwischenstaatlich stärker für den fairen und freien Handel einsetzen. Dafür müssten wir den weniger entwickelten Staaten weiterhin einen privilegierten Marktzugang ermöglichen. Im Gegenzug aber sollten wir auch die Eigenleistung und die Mitverantwortung aller Staaten zur Umsetzung der Agenda 2030 aktiv einfordern.

Verantwortungspartnerschaften mit den weniger entwickelten Ländern:

Deutschland sollte sich stärker als Anwalt der Entwicklungsländer verstehen. Diese Form der Solidarität braucht jedoch Partnerschaften auf Augenhöhe, in denen alle Beteiligten Verpflichtungen haben und entsprechende Beiträge leisten. Vor allem den Schwellenländern sollten wir mehr Teilhabe am Weltwirtschaftsmanagement ermöglichen. Das würde unser westlich-liberales Ordnungsmodell und seine Institutionen stärken, die weltweit nie dagewesenen Wohlstand ermöglicht haben. Eine solche Teilhabe aber muss mit der Übernahme von mehr Verantwortung einhergehen: Die Schwellenländer müssen selbst mehr für die große Transformation hin zur Nachhaltigkeit tun. Unterstützen können wir dieses Engagement mit strategischen Nachhaltigkeitspartnerschaften sowie mit der Transformation bestehender strategischer Partnerschaften.





- Umwelt
- Klima
- Artenschutz
- mensliche Siedlungen
- Wälder
- Entwicklungsfinanzierung
- Entwicklungsziele
- Wüstenbildung
- weitere Themen

Die Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.